

## Der Zwang zur Entscheidung.

Unter ihren Fahnen und dem Schmud ihrer Häuser einerseits, unter den Bajonetten und den Knüppelstößen des tschechischen Janhagels mit und ohne Uniform andererseits haben die Sudetendeutschen die nervenaufreibenden vier Wochen der Wahlzeit durchgestanden. Diese Zeit seit dem 22. Mai brachte ihnen fast 92 Prozent Stimmenmehrheit in ihrem Siedlungsraum, sie brachte ihnen auch ein Höchstmaß an tschechischem Terror bolschewistischer Art von der Prügellei bis zum mehrfachen vorzüglichem Mord. Der erste Wahlsontag übertraf bereits alle siegesgewissen Erwartungen. Der zweite konnte das Ergebnis des ersten nur noch steigern. Der dritte legt der tschechischen Regierung nunmehr abschließend den Zwang zur Entscheidung auf, zur Entscheidung darüber nämlich, ob sie mehr Wert auf eine Rationalität von 3 1/2 Millionen oder auf Militärparke, d. h. also mehr Wert auf Europa oder auf die Zusammenarbeit mit dem Bolschewismus legt.

Dieser Zwang zur Entscheidung wird verstärkt von dem Zusammenwirken einer Vielfalt schwerwiegender politischer Tatsachen. Wir zählen sie andeutungsweise kurz auf. Die Tschechei hat in ihrer heutigen Lage gegen sich:

1. Die bekannten Fälschungen und Betrügereien ihrer Führer von 1919,
2. 20 Jahre Terror, Lügen und gebrochene Versprechungen aller Art gegenüber allen in der Tschechei wohnenden Nationalitäten seitens führender tschechischer Staatsmänner,
3. Eine planmäßig betriebene Verelendung des sudetendeutschen Gebietes und gleichwohl eine nie in Frage stehende Gesehstreuung der getnehteten Sudetendeutschen,
4. Ein Bündnis mit dem Bolschewismus, das bezeichnenderweise selbst in politischen Kreisen Englands als sehr bedenklich gilt,
5. Morde und zahllose blutige Ausschreitungen besonders in den letzten vier Wochen, zugleich eine völlige Gleichgültigkeit der Prager Regierung gegenüber jenen Ausschreitungen,
6. Eine unerhörte Beunruhigung Europas durch eine außergewöhnlich gewissenlose Mobilmachung und Kriegsvorbereitung unter zahlreichen Grenzverletzungen,
7. Eine fast übermenschliche Selbstbeherrschung der Sudetendeutschen.

Unterdessen steigern die Tschechen ihren Terror, fahren mit ihren kriegerischen Maßnahmen fort und dehnen sie aus. Ferner sind Frankreich und England bisher über die Politik praktisch werloser Gesen nicht hinausgekommen und ermuntern dadurch gleichzeitig Prag in seiner Angriffspolitik. Und schließlich erwarten die Sudetendeutschen ihrerseits, daß ihnen endlich einmal Einbild in den Entwurf des sog. Nationalitätenstatuts gegeben wird, um wenigstens annehmen zu können, daß die tschechischen Staatsmänner nicht auch in diesem Punkt wieder gelogen haben. Diese und alle übrigen Erwartungen der Sudetendeutschen sind umso dringlicher, als es die tschechische Regierung seit einer Reihe von Tagen planmäßig darauf anlegt, durch gelegentliche Besprechungen mit den Führern der einzelnen Nationalitäten eindeutige Hoffnungen zu erwecken. Auf der anderen Seite versucht sie gleichzeitig durch die sog. „Freiheitsammlung“ die Unterdrückten zu erpressen, daß sie ihre Unterdrückung durch

tschechische Soldateska usw. auch noch selbst bezahlen! Mit keinem Wort ist schließlich davon die Rede, daß dieser unter dem Spitznamen der Zuverlässigkeitsprüfung vorgenommene Erpressungsveruch in den Tätigkeitsbereich der beiden englischen „Beobachter“, eines Konsuls und eines Majors, fallen soll; die beiden Herren haben ausdrückliche Befehle, nur zukünftige Zwischenfälle — welche weise Voraussicht Londons! — zu prüfen, beispielsweise also nicht etwa die an den Sudetendeutschen begangenen tschechischen Morde, schweren Verletzungen, Enteignungen usw.

Dies ist in knappen Zügen die tatsächliche Lage nach dem Abschluß der Gemeindevahlen dort. Nichts ist also berechtigter als die Feststellung des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß in Stuttgart, daß die Tschechei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in ihrem eigenen Staatsgebiet unfähig ist und daß dieser Staat zum Gefahrenherd für den Frieden Europas geworden ist. Daraus ergibt sich die Frage, was denn überhaupt noch von einem Staat an ordnungspolitischen Leistungen erwartet werden kann, der nicht einmal die einfachsten Voraussetzungen des Begriffes Staat erfüllt und sich dadurch auf eine Stufe mit Sowjetrußland stellt.

Es ergibt sich aber zweitens die zwangsläufige Folgerung, daß ein Staat mit den oben gekennzeichneten Merkmalen nicht einfach auf Grund seiner gemeingefährlichen Militärbindnisse und auf Grund von ständigen Ermunterungen durch westliche Demokratien nach Belieben einem großen Nachbarland unter dem Schießeisen unter der Nase herumzuführen darf. Die deutsche Warnung aus dem Munde des Reichsministers Rudolf Heß ist deutlich genug. Sie spielt sehr klar auf die Grenze an, die der deutschen Kaltblütigkeit und Ueberlegenheit gesetzt sein müssen.

Jetzt erst recht steht Prag vor dem Zwang zur Entscheidung. Jetzt erst recht wird sich zeigen müssen, was an dem bisherigen tschechischen Reklamewimmel um das Nationalitätenstatut dran ist. Die Tschechei, inmitten Europas gelegen, kann nicht plötzlich einen politischen Tropenkoller vorgeben und Europas Arbeit, Handel und Verkehr auf Wochen in Unordnung bringen. Das muß in sehr absehbarer Zeit Rückwirkungen verschiedenster Art haben. Prag wird nun endlich genau so einbüchtig Farbe bekennen müssen, wie die Wahlergebnisse im sudetendeutschen Gebiet ausgefallen sind.

Wie weit die tschechische Regierung freilich heute noch überhaupt Herr ihrer Entscheidungen im eigenen Staatsgebiet ist, das ist aus bekannten Gründen wieder eine Frage für sich. E. B.

## Besprechung Hodzas mit den Beauftragten Henleins.

Prag, 15. Juni. Entsprechend den in den letzten Wochen getroffenen Vereinbarungen fand gestern eine längere Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza und den bevollmächtigten Vertretern der Sudetendeutschen Partei, den Abgeordneten Kuntz, Dr. Hofsch, Dr. Peters und den Führungsratsmitgliedern Dr. Sebelowski und Dr. Schidetzanz statt. Die Besprechung wird fortgesetzt. Es wurde vereinbart, über den Verlauf der Aussprache erst später eine Berichterstattung auszugeben.

## Ein Eingreifen in Spanien würde die schwersten Folgen haben.

### Erneute Warnung Chamberlains an die englische Schifffahrt.

London, 15. Juni. Chamberlain gab gestern im Unterhaus die mit Spannung erwartete Erklärung der Regierung zu den mehrfachen Bombenangriffen durch Flugzeuge auf britische Handelschiffe in sowjetspanischen Häfen ab. Er führte aus, daß zwei Vorschläge gemacht worden seien, die, wenn sie durchführbar sein sollten, zum Aufhören dieser Angriffe beitragen könnten. Der erste sei, eine Sicherheitszone in den beschlossenen Häfen zu schaffen. Wenn dieser Vorschlag auch erhebliche Schwierigkeiten in sich birge, werde er dennoch genau geprüft. Der zweite Vorschlag sei am Sonnabend von der Regierung von Burgos eingegangen. Danach soll ein Hafen im sowjetspanischen Gebiet außerhalb des militärischen Operationsgebietes ausgewählt werden, in dem britische Handelschiffe unbehindert ein- und ausfahren können. Abgesehen von diesen beiden Vorschlägen habe die Prüfung der Regierung ergeben, daß kein wirksamer Schutz für die Schifffahrt in spanischen Hoheitsgewässern verbürgt werden könnte, es sei denn, daß England bereit sei, aktiv an den Feindseligkeiten teilzunehmen. Nach Ansicht der Regierung liege aber keine Berechtigung dafür vor, einen derartigen Kurs zu empfehlen, der sehr wohl eine Ausdehnung des Konfliktes weit über seine gegenwärtigen Grenzen hinaus zur Folge haben könnte.

Die Regierung müsse daher die Warnung wiederholen, die sie bereits am 28. und 29. November v. J. der Schifffahrt gegeben habe. Die Regierung wolle weiter Schiffe auf hoher See schützen. Schiffe aber, die Häfen anlaufen, ließen jederzeit Gefahr, Ziel militärischer Angriffe zu sein, und täten das infolgedessen auf eigene Gefahr.

Auf verschiedene Fragen wiederholte Chamberlain, daß er nicht glaube, daß irgend ein Eingreifen Englands einen praktischen Weg zur Abstopfung dieser Angriffe darstelle. Auf die Frage des Vorsitzenden der Opposition Attlee, ob die Regierung die Frage prüfe, den Sowjetpaniern das Recht zuzugestehen, Fluggeschiffe einzuführen (!), wiederholte Chamberlain, daß ein derartiges Verhalten im Gegensatz zur Nicht-einmischungspolitik der britischen Regierung stehen würde. Attlee gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und kündigte an, daß die Opposition „in Anbetracht der auf dem Spiel stehenden ersten Fragen“ das ganze Problem baldigst im Unterhaus aufrollen werde.

Die „Times“ bezeichnen die Erklärung Chamberlains als klug. Wenn die Regierung tatsächlich zur Politik der Nicht-einmischung stehe und wenn die Politik tatsächlich mit der-

jenigen anderer Länder zusammengehe, dann sei es unmöglich, im Rahmen dieser Politik innerhalb der Gewässer Spaniens gewisse Einzelmaßnahmen zu ergreifen. Wenn britische Kriegschiffe im Kampfgebiet aktiv vorgehen würden, dann könnte das leicht zu einem Vorgehen irgend einer anderen Macht führen, was eher schlimme Folgen mit sich bringen, als das Gegenteil bewirken würde. — Auch „Daily Telegraph“ ist mit der Chamberlain-Erklärung einverstanden. Man müsse hoffen, daß die Regierung sich nicht von dieser vorläufigen Zurückhaltung durch die Forderungen der Opposition nach „energischeren Maßnahmen“ abbringen lasse. Auch „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß England der Schifffahrt nur auf hoher See Schutz versprochen habe. Im übrigen habe die Öffentlichkeit in England nicht die gleiche Sympathie für alle Schiffe, die jenen gewinnbringenden Handel mit den spanischen Häfen trieben. Die öffentliche Meinung würde bestimmt nicht Maßnahmen gutheißen, wie sie von der Opposition vorgebracht worden seien und die, praktisch gesehen, England mit in den spanischen Konflikt hineinziehen würden, ja gegebenenfalls zur Ausdehnung des Konfliktes führen könnten.

## Panik in Valencia.

Bestürzung über den siegreichen Vormarsch Francos.

Salamanca, 15. Juni. Wie der nationale Seeresbericht meldet, wurde der Vormarsch an der Castellonfront siegreich fortgesetzt. Auch im Frontabschnitt Madrid verbesserten die Nationalen ihre Stellungen. Nach einer Meldung aus Castellon haben die Truppen Francos nunmehr die 10 km südlich von dem eben erst eroberten Castellon gelegene Stadt Villareal eingenommen. — Die nationalspanische Luftflotte hat die Hafenanlagen von Valencia bombardiert und schweren Sachschaden verursacht. Zahlreiche Lagergeschuppen gerieten in Brand. Wenige Stunden später haben fünf nationalspanische Flugzeuge erneut Valencia überflogen und zahlreiche Bomben auf die Befestigungen bei den Vororten Cabanal de Grao und Cantarranas abgeworfen.

Der „politische Kommissar“ der Bolschewisten in Valencia Fernandez hat die sofortige Räumung der Stadt angeordnet. Unter der Bevölkerung war nach der Einnahme von Castellon eine Panik ausgebrochen. Die kommunikativen Mittel schossen auf die Menge. Eine Anzahl Rundgeber wurden getötet und zahlreiche sind verletzt worden. Die Büros des Bolschewisten-ausschusses in Valencia sind nach Murcia gebracht worden. — In Valencia sind bereits die geflüchteten Milizen der zusammengebrochenen Castellonfront eingetroffen, wo sie völlig

## Seuchler am Prager.

Die unerhörten Zustände in den englischen Kolonien.

London, 15. Juni. In der Aussprache des Unterhauses über den Kolonialhaushalt waren sich die Abgeordneten aller Parteirichtungen darin einig, daß nicht nur auf Jamaika, sondern auch in vielen anderen britischen Kolonien unerhörte Zustände herrschten. Der Labourabg. Jones erklärte, die Unbarmheit der Eingeborenen werde mißbraucht. Die Löhne seien schändlich; die Lohnbedingungen seien ein schrecklicher Beweis für die Nachlässigkeit der Regierung. Ein Oppositionsliberaler erklärte, in Uganda würden massenweise Kinder beschäftigt, weil sie billiger seien. Der Konservative Evans wandte sich gegen die Behauptung, daß die Zuckerpreise allein schuld an dem Elend seien, und verlangte finanzielle Unterstützung für die Kolonien. Besonders heftige Angriffe richtete Lloyd George gegen die Regierung. Er kritisierte vor allem das rücksichtslose Vorgehen der Polizeiverwaltung in den Kolonien. Die Löhne seien unglaublich niedrig und die Lohnbedingungen unbeschreiblich. Es sehe so aus, als wenn das britische Empire ein bankrotter Konzern sei. Nach den Zuständen in Westindien werde aber die britische Verwaltung beurteilt. Die Bevölkerung leide an schrecklichen Seuchen infolge Unterernährung und ungesunder Lebensbedingungen. Der unabhängige Labourabg. McGovern sprach von Ausbeutung, Plünderung und Mißhandlung der Farbigen durch die britische Regierung. Dem Kolonialminister MacDonald, der diese Vorwürfe stundenlang anhören mußte, blieb in seiner Antwort nichts anderes übrig, als die ungeheuren Mißstände in Westindien zuzugeben. Die Regierung habe die Absicht, etwas zu tun. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen seien bereits in Angriff genommen.

So sieht es also nach dem Eingeständnis der Regierung in den britischen Kolonien aus. Und eben diese Engländer erdrückten sich; den freien Raub deutscher Kolonien damit zu begründen, daß die Deutschen es nicht verstanden, menschlich zu kolonisieren. E. B.

entmutigt und energielos die Aneipen und Kaffees bevölkern. Der Gouverneur verkündete eine Anordnung, wonach sich alle Soldaten sofort wieder bei ihren Truppenteilen melden müssen, andernfalls sie als Deserteur verhaftet würden. Verschiedene Familien bolschewistischer Anführer sind bereits nach Alicante abgereist. Die „Polizei“ beschäftigt sich mit der Entfernung von Inschriften, die zur Uebergabe auffordern.

Der rotspanische „Außenminister“ del Bayo hatte eine Unterredung mit den Bolschewisten Regillos und Sowjetrußlands. Er wies auf die schwierige Lage Rotspaniens hin und forderte stärkere Unterstützung von den beiden Ländern. Ohne schnellste, umfassende und tatkräftige Unterstützung seitens „befreundeter Nationen“ gehe Sowjetspanien seinem Ende entgegen.

## Unruhen in Madrid.

Bilbao, 14. Juni. Ueber den niederschmetternden Eindruck, den der Fall von Castellon im roten Spanien macht, liegen jetzt die ersten Meldungen vor. In Madrid bildeten sich sofort auf den Straßen Gruppen von Menschen, die die Polizei vergebens auflösen versuchte. Es kam zu Zusammenstößen, wobei ein Polizist getötet wurde. Man hörte Rufe: „Wir wollen Frieden!“ Angesichts der für die bolschewistischen Gewalttäter sehr gefährlichen Stimmung richtete der Madrider Sender unaufhörlich Aufrufe an die Bevölkerung und gab die Anordnungen des Militärgouverneurs bekannt, der jede Unterhaltung über die Niederlage der Roten verbietet. Die öffentlichen Gebäude sind von dichten Polizeiketten umgeben. In Barcelona trat der „Minister“ der Bolschewistenhauptlinge zusammen. Wie verlautet, ist es dabei zu schweren Meinungsverschiedenheiten gekommen. Ueberall herrscht große Ratlosigkeit.

## Die Bedeutung der Einnahme von Castellon.

Bilbao, 14. Juni. Nachdem es den nationalen Truppen gelang, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz Castellon zu erobern, befinden sich nunmehr von 50 Provinzen Spaniens 37 im Besitz der nationalspanischen Bewegung. Außer der Hauptstadt Castellon mit etwa 50 000 Einwohnern sind bereits zwei Drittel dieser Provinz in den Händen Francos. Gleichzeitig wurden mit den letzten militärischen Operationen die Fronten um 60 km vergrößert. Die Länge der nationalspanischen Mittelmeerküste an diesem Abschnitt beträgt nunmehr über 100 km. Es kann also von einem Korridor keine Rede mehr sein. Besonders wertvoll er erscheinen für Nationalspanien die Mittelmeerhäfen Binazoz und Castellon als Basis für den tatkräftigen Kampf gegen die bolschewistische Piratenschifffahrt. Auch der nunmehr in nationalen Besitz befindliche Flughafen südlich von Castellon ist von großer Bedeutung. Die Truppen Francos stehen nach ihrem letzten Erfolge etwa 60 km von Valencia und 36 km von dem Industriort Sagunt entfernt, der zur Zeit noch als die große Waffenschmiede der Bolschewisten gilt.

Die zum größten Teil in Castellon zurückgebliebene Zivilbevölkerung begrüßte die nationalspanischen Truppen begeistert als Befreier. General Franco weist in einem Ausruf an alle Spanier auf diesen neuen Erfolg seiner Waffen hin und fordert die Frontkämpfer des sowjetspanischen Gebietes auf, die Ausschichtslosigkeit ihres Widerstandes einzusehen. Die nationalspanischen Behörden würden für die roten Frontkämpfer Straffreiheit gewähren, da sie einzig und allein den friedlichen Aufbau eines neuen Spaniens als ihr großes Ziel verfolgen.

Berlin, 14. Juni. Der Führer hat den Charakter als Generalmajor verliehen dem Oberst im Generalstab i. R. Glaise-Horsienau, den Charakter des Oberstleutnant dem Major Klausner und den Titel eines Majors dem Hauptmann i. R. Leopold.

Berlin, 14. Juni. Der Führer hat den Beauftragten beim Aufbau des Reichsarbeitsdienstes, Victor Band, zum Oberstarbeitsführer ernannt.

Budapest, 14. Juni. Reichsverweser v. Horthy empfing heute den Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, General d. Art. Reitel.